

Toni Dettling

alt National- und Ständerat
des Kantons Schwyz
www.toni-dettling.ch

Leserbrief im Bote der Urschweiz vom 13. März 2018

Für Transparenz bei der Mehrwertabgabe

Zur Mehrwertabgabe im Planungs- und Baugesetz

Die Gutheissung der Transparenz-Initiative gegen den erklärten Willen der bürgerlichen Mehrheit und der Behörden am vorletzten Sonntag war eine faustdicke Überraschung. Die Gründe für die Annahme sind vielfältig. Dennoch scheint das in unserem Kanton in öffentlichen Bereichen vorhandene Defizit an Transparenz eine zentrale Rolle gespielt zu haben. Man will offensichtlich mehr Transparenz und weniger Kabinett-Entscheide.

Bei der anstehenden Einführung der vom Bund verordneten Mehrwertabgabe im Planungs- und Baugesetz droht ein gravierender Fall von Intransparenz: Die auf längere Sicht millionenschwere Mehrwertabgabe wird nämlich einem Spezialfonds zugewiesen und dient zur Abgeltung von materiellen Enteignungen und zur Abdeckung gesetzlich bestimmter raumplanerischer Massnahmen. Die betroffenen Grundeigentümer haben allerdings keinen Rechtsanspruch auf Leistungen des Spezialfonds.

Es steht also im (pflichtgemässen) Ermessen der Regierung und des jeweiligen Gemeinderates, über die Verwendung der Mittel zu befinden, wobei die genauen Zuständigkeiten offenbar noch in einer Verordnung geregelt werden sollen. Problematisch ist der Spezialfonds vor allem insoweit, als die Regierung und die vorberatende Kommission entgegen zahlreichen Vernehmlassern die periodische Berichterstattung über diesen Fonds und besonders über die Mittelverwendung nicht für notwendig

halten. Das ist gelinde gesagt Intransparenz pur, weil so die öffentliche Kontrolle über die Mittelverwendung auf Kantons- und Gemeindeebene fehlt. Die intransparente Geldverteilung ist umso fragwürdiger, als ja kein Rechtsanspruch auf die Ausrichtung von Beiträgen besteht. Der Lotteriefonds lässt grüssen. Ob so viel Intransparenz muss man sich nicht wundern, wenn die Stimmbürger bei nächstmöglicher Gelegenheit das Transparenz-Gebot erneut favorisieren sei es gerade auch bei einem möglichen Referendum gegen die anstehende Mehrwertabgabe. Der Kantonsrat hat es an der kommenden Sitzung in der Hand, beim millionenschweren Spezialfonds für die dringend erforderliche Transparenz zu sorgen.